

nachrichten

Keine People Power in Schulbüchern

Sind EDSA I und EDSA II gar nicht passiert? Wurde die Ex-präsidenten Marcos und Estrada nicht durch friedliche Bürgeraufstände ihres Amtes enthoben?

Glaubt man einem bestimmten Schulbuch ist dies alles nicht passiert. Hochschulstudenten privater Schulen, die das Geschichtsbuch »Wika at Panitikan sa Makabagong Henerasyon« lesen, bekommen nichts von dem schlechten Ruf mit, der den beiden entmachteten Präsidenten anhaftet. Vielmehr wird in diesem Buch das Kriegerrecht unter Marcos damit gerechtfertigt, dass Marcos keine andere Möglichkeit gehabt hätte, um Frieden und Ordnung zu erhalten. Weiterhin wird Marcos fälschlicherweise als Gründer des ASEAN-Staatenbundes bezeichnet. Auch Estrada wird nicht in Zusammenhang mit einer Amtenhebung gebracht. In den Buch werden lediglich sein Hintergrund und sein Regierungsprogramm diskutiert.

Die Verleger und die Autoren des Buches haben nun einen strengen Verweis vom Nationalrat für Literatur (National Book Development Board) erhalten. Es ist das erste Mal seit seiner Gründung 1995, dass der Nationalrat NBDB ein Buch wegen grober Fehldarstellungen vom Markt nimmt. Nun wird überlegt, ob das Bildungsministerium alle Schulbücher kontrollieren soll.

vgl. PDI, 24.11.04

Korruptionsskandal im Militär

Der Korruptionsskandal im Militär und der philippinischen Polizei weitet sich zunehmend aus. Angefangen hatte alles mit einem Hinweis der amerikanischen Regierung, der zu einer Untersuchung gegen den früheren militärischen Rechnungsprüfer, Generalmajor Garcia, führte. Dieser Hinweis beinhaltete Informationen darüber, dass Garcia und Mitglieder seiner Familie in den letzten zehn Jahren über eine Millionen US-Dollar auf US-Konten geschafft hatten, bei einem jährlichen Verdienst von 7200 US-Dollar doch sehr verwunderlich.

Garcia befindet sich mittlerweile in Haft, seine Konten sind eingefroren worden. Ihm wird die Verletzung der Kriegsartikels (Article of War) 96 und 97 vorgeworfen, sich als Offizier unschicklich benommen und der militärischen Disziplin geschadet zu haben. Bei den Kriegsartikeln handelt es sich

um den militärischen Benimmcode, nach denen sich das militärische Personal richten muss. Neben der Anklage des Militärgerichts muss sich Garcia auch vor dem Zivilgericht wegen Unterschlagung und Eidbruchs verantworten. Garcias Fall hat damit nun einen altbekannten, schweren Stein ins Rollen gebracht.

Mittlerweile sind gegen zehn weitere Militäroffiziere Verfahren wegen Unterschlagung angelaufen und auch die philippinische Polizei (PNP) sah sich aufgrund von Korruptionsvorwürfen genötigt, eine offizielle Untersuchung einzuleiten.

Die Debatte um die Korruptionsvorwürfe schlägt derzeit hohe Wellen. Nachdem Senatorin Miriam Defensor Santiago die höchsten zwölf Offiziere des Militär als »plündernde Mafia« bezeichnet hatte, spitzte sich die Lage sichtbar zu. Als das Militär dann auch noch volle Alarmbereitschaft auslö-

ste — angeblich aufgrund einer Angriffsgefahr seitens der NPA — machte sich Angst breit, dass es sich stattdessen um einen weiteren Versuch handelte die Regierung zu destabilisieren.

Schon im Juli 2003 hatte es einen Putschversuch des Militärs gegen Präsidentin Arroyo gegeben. Die meuternden Soldaten hatten während des Putsches den pensionierten Stabschef und Verteidigungsminister Angelo Reyes sowie den Brigadegeneral und Geheimdienstchef Victor Corpus beschuldigt, hinter dem Bombenattentat von Davao Anfang April 2003 gesteckt zu haben. Weiterhin behaupteten sie, es gebe einen geheimen Waffenmarkt zwischen leitenden Militäroffizieren und den Aufstandsbewegungen im Lande.

vgl. BW 27.10.04, MT 25.11.04,

PDI 2.11.04; 16.10.04;

6.11.04; 16.11.04

Streik blutig unterdrückt:

14 Tote

Die Zahl der Toten bei einem Überfall von Militär und Polizei auf streikende Arbeiter/innen der Zuckerfabrik und Landarbeiter auf der Hacienda Luisitia in Tarlac, Luzon ist auf 14 gestiegen. Darunter sind zwei Kinder, die am Tränengas erstickt sind, die anderen wurden wohl erschossen.

Das Massaker begann, als eine 1000 Mann starke Einheit die Streikenden mit Tränengas und Wasserwerfern angriff. Die Arbeiter sollen sich mit Molotowcocktails, Steinen und Zwillen gewehrt haben. Nach 40-minütigem Kampf schlugen die Streikenden die Sicherheitskräfte zurück. Einige Momente später wurde geschossen und zahlreiche Demonstranten fielen zu Boden. Es wird noch untersucht, wer warum geschossen hat, und wer davon die tödlichen Schüsse abgegeben hat. Eine forensische Untersuchung hat bei neun Polizisten (und angeblich bei zwei der getöteten Arbeitern) Schmauchspu-

ren festgestellt. Seltsamerweise wurden von den 1000 involvierten Sicherheitskräften nur 36 diesem Paraffintest unterzogen. Inzwischen sind zwei hochrangige Polizeibeamte von ihrem Posten entlassen worden. 110 von den 116 verhafteten Demonstranten wurden freigelassen. Streikende Gewerkschafter und Unterstützer haben sich wieder am Haupttor des Unternehmens versammelt. Vertreter der Besitzerfamilie Cojuangco und die Gewerkschaften haben sich geeinigt, ihre Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Der Streik war von zwei Gewerkschaften, der Azucarera de Tarlac Labor Union, die 700 ArbeiterInnen der Fabrik organisiert und von der United Luisita Workers' Union, organisiert worden. Die Zuckerarbeiter protestierten gegen ihre niedrigen Löhne, während die Landarbeiter die Wiedereinstellung entlassener Gewerkschaftler forderten.

Im Verlauf der politischen Nachwehen des Luisita-Massakers hat die Arbeitsministerin Patricia Sto. Tomas angegeben, dass sie ohne Absprache mit der Präsidentin auf Anfrage des regionalen Polizeichefs das Militär zu Hilfe gerufen hat. Die gesetzliche Grundlage für diesen Schritt ist eine Vereinbarung zwischen Arbeits- und Verteidigungsministerium aus dem Jahre 1976, also noch aus der Zeit der Marcos-Diktatur. Das Arbeitsministerium kann bei »nationalem Interesse« Streiks verbieten und eigenmächtig entscheiden. Frau Sto. Tomas gab außerdem an, sie hätte das Militär dieses Jahr schon fünf mal bei Arbeitskonflikten zu Hilfe gerufen.

vgl. , PDI, 25.11.04, Tarlac.net,

Phil. Star, 7.11.& 17.11.04, MT,

19.11.04

500 Tote bei Unwetter

Bei einem Tropensturm sind auf den Philippinen möglicherweise bis zu 500 Menschen getötet worden. Ein weiterer Taifun nähert sich der Insel.

Nach amtlichen Angaben vom 1.12.04 haben die von dem Sturm verursachten Überschwemmungen und Erdbeben bislang knapp 340 Menschen das Leben gekostet. Rund 150 weitere würden noch vermisst und seien möglicherweise ebenfalls tot, hieß es.

Angesichts dieser Katastrophe hat Präsidentin Arroyo der illegalen Abholzung der Wälder den Kampf angesagt. Man müsse beim Umweltschutz und der Wiederaufforstung gemeinsam anpacken. Illegale Waldrodung müsse zu einem »der schlimmsten Verbrechen gegen unser Volk erklärt werden«, hieß es weiter. Die Präsidentin kündigte eine große Offensive von Militär und Polizei gegen Täter und Finanziers der Abholzung an.

Die starke Abholzung der Wälder ist nach Meinung von Experten ein Hauptgrund für die schweren Schäden durch den neuen Tropensturm, der die Philippinen am Wochenende getroffen hatte. Riesige Baumstämme wurden dabei von den Bergen heruntergewaschen und hatten Häuser und Brücken zerstört.

vgl. Netzzeitung, 1.12.04

Sparen, Sparen, Sparen

Um das immense finanzielle Defizit des Staates auszugleichen hat Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo an die Opferbereitschaft aller Bürger und Bürgerinnen appelliert. Neben einer umfangreichen Steuerreform und der Auflösung von 14 Regierungsämtern verabschiedete Arroyo sogenannte »Askesemaßnahmen« für alle Beamten im öffentlichen Dienst. Beamte mit einem »verschwendischen Lebensstil« droht nun die Entlassung oder Gerichtsverfahren. Verboten sind nun u.a. Auslandsreisen, der Kauf von

Dienstwagen und unerklärliche Büroausgaben.

Aber auch Bürger und Bürgerinnen außerhalb des Staatsapparates sollen die Chance erhalten, ihren Teil zur » Rettung des Landes« beizutragen. So wurde der Bayanihan-Fond eingerichtet, in den jeder Filipino einzahlen kann. Neben zahlreichen Individuen und diversen Gruppen und Organisationen hat sich nun auch der Rat der christlichen Bischöfe der Philippinen (CCBP) entschlossen, ihre Schäfchen zur Opferbereitschaft anzuhalten. So soll ein Teil der Kollekten in den Bayanihan-Fund fließen.

vgl. PDI, 1.9.04 & 6.9.04

Transportstreik

Der landesweite Streik der Jeepneys; in vielen Städten durch Taxis und Kleinbus-Fahrer unterstützt — zusammen wohl an die 400 000 — scheint dieses Mal erfolgreich verlaufen zu sein. 80 Prozent des Transportsystems waren landesweit außer Kraft gesetzt. Im Gegensatz zu früheren Transport-Streiks verliefen die Demonstrationen dieses Mal friedlich. Nachdem wichtige Benzinfirmen angeboten hatten, kleine Preisermäßigungen auf Diesel zu gewähren, wurde der Streik beendet.

vgl. PDI 26.11.04, Phil. Star 26.11.04, MT, 26.11.04

Armenspeisung

Laut Plänen der Regierung soll ein »Essen für Schule« - Programm (food-for-school-program) das Leid der armen Bevölkerung mildern. Bis zum Ende des Jahres können Erst- und Zweitklässler aus mittellosen Familien in ausgewählten Schulen ein Kilo Reis mit nach Hause nehmen. Nachdem eine Studie der Social Weather Stations auf die wachsende Unterernährung der philippinischen Bevölkerung aufmerksam gemacht hatte, ist dies ein weiterer Schritt der Regierung zur Intensivierung ihres »Nahrungshilfeprogramms« (food assistance program). Zuvor hatten die Regierungsvertreter schon die Einführung von Nahrungscoupons in Höhe von sechs Milliarden Pesos pro

Monat verkündet. Dies führte zu massiver Kritik seitens linker und progressiver Gruppen. Sie sehen in dem Programm der Regierung lediglich einen taktischen Schritt die arme Bevölkerung ruhig zu stellen. An den strukturellen Ursachen von Armut würde jedoch nichts geändert.

vgl. PDI, 8.10.04 & 8.11.04

Leihen, Leihen, Leihen

Trotz immenser Auslandsverschuldung hat die philippinische Regierung erneut eine Milliarde US-Dollar Anleihen aufgenommen um den finanziellen Verpflichtungen der hochverschuldeten nationalen Energiegesellschaft Napocor nachzukommen. Die Anleihen wurden unter anderem von der Schweizer Bank Credit Suisse First Boston und der Deutschen Bank angeboten.

Auch mit China wurden weitreichende Kreditverträge abgeschlossen, Gespräche mit der französischen Regierung und der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für weitere Entwicklungshilfleanleihen sind noch im Gange. Diese sollen Programme für ländliche Elektrizität, Wasserversorgung und Mikrofinanzierungsprojekte ermöglichen.

vgl., PDI 3.9.04, BW 20.11.04

Wahlen verschoben

Die Wahlen in der Autonomen Region muslimisches Mindanao (ARMM) sind laut Kongressbeschluss von Mai auf August 2005 verschoben worden. Ursprünglich waren diese für November diesen Jahres vorgesehen, mussten jedoch aufgrund mangelnder finanzieller Mittel der Wahlkommission Comelec zweifach verlegt werden. Die Wahlen zum Gouverneur, Vize-Gouverneur und der Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung der ARMM werden nach August 2005 alle drei Jahre stattfinden.

vgl. , BW 16.9.04

nachrichten

Marcosgelder für die Landreform

Präsidentin Arroyo will wiedergewonnene Marcosgelder in Höhe von 38 Milliarden Pesos (ein US-Dollar = 56 Peso) für die Finanzierung der Landreform in städtischen Gebieten und die Vergabe von Titeln für angestammtes Land verwenden. Laut Exekutivorder 364 sollen dafür die Agrarreformbehörde (DAR), die Nationalkommission für Indigene (NCIP) und die Kommission für städtische Arme (PCUP) zum Büro für Landreform (Department of Land Reform – DLR) zusammengefasst werden. Der Zusammenschluss ist Teil der Sparmaßnahmen der Präsidentin, um das Haushaltsdefizit zu schmälern.

vgl., PDI 18.10.04

Estrada wieder Präsident

Auch wenn ihm die Präsidentschaft über die Philippinen abhanden gekommen ist, der inhaftierte Joseph Estrada darf sich wieder Präsident nennen. Bei einem Wiederbelebungsversuch seiner Partei PMP (Pwersa ng Masa - »Kraft der Massen«) wurde er Mitte Oktober 2004 zum Parteipräsidenten gewählt. Die PMP hatte sich während der Maiwahlen 2004 in zwei Fraktionen gespalten. Ein von Estrada geführte Gruppe hatte sich für den Präsidentschaftskandidaten Fernando Poe Jr. eingesetzt, während sich die andere Fraktion sich für Senator Ping Lacson stark gemacht hatte.

vgl. PDI, 13.10.04